

Vom: 16.12.2021

Vorschlag B

Internationale Beziehungen im Zeitalter der Globalisierung – CO₂ Abgabe auf Importe in die EU – Klimaschutz oder Protektionismus?

1. Fasse das [Material 1] zusammen.

12,5 Punkte

Der Artikel: ² Steuer an Europas Grenzen: Revolution oder Protektionismus? ist von Tim Schauenberg verfasst- und am 07.12.2021 auf der Internetseite der Deutschen Welle veröffentlicht worden. Der Autor stellt in seinem Artikel die Diskussion um die von der EU geplanten CO₂ Abgabe ab 2026 auf Importe dar. Die EU Kommission wolle die CO₂ Abgabe als klimapolitisches Instrument verstanden wissen, welches sie vor internationalen Wettbewerbsnachteilen während der Phase des Umbaus auf klimaneutrale Produktion unterstütze. Andere Länder könnten diese Abgabe jedoch als protektionistischen Zoll verstehen, der das Potential habe, Handelskriege auszulösen. Schließlich werde die CO₂ Abgabe insbesondere für wenig entwickelte Länder als grob unfair aufgefasst und sei eine Bedrohung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung.

- Im Zuge der Verschärfung der europäischen Klimazielvorgaben, wonach bis 2030 eine Reduktion der CO₂ Emissionen um 55 Prozent erreicht werden solle, müsse nun der Umbau der Industrie durch höhere CO₂ Preise hin zu klimafreundlicheren Produktionsverfahren vorangetrieben werden.
- Die EU-Kommission habe eine CO₂ Abgabe auf Importe in die Europäische Union geplant, um einem, durch höhere Produktionskosten entstehenden, Wettbewerbsnachteil europäischer Anbieter vorzubeugen.
- Zugleich solle durch die Abgabe das Ziel verfolgt werden, eine CO₂-Preis-Flucht europäischer Unternehmen zu verhindern, welche sonst eventuell ihren Standort in Länder verlagern könnten, in denen niedrige oder keine klimapolitischen Instrumente in der Wirtschaft angewendet würden.
- Die CO₂ Abgabe werde vor allem Produkte treffen, die emissionsreich hergestellt würden, z.B. Stahl, Aluminium, Zement oder Energie.
- Praktisch solle der Differenzbetrag als CO₂ Abgabe bei Einfuhr in die EU gezahlt werden, den das Produkt als Mehr an Emissionen verursacht habe, als ein vergleichbares, in der EU hergestelltes Produkt. Es gelte dann der in der EU gültige Preis für CO₂ je Tonne.
- Die CO₂ Abgabe solle ab 2026 in der EU auf Importe angewendet werden.
- Innerhalb der EU habe man den bislang erfolglosen Zertifikate Handel reformiert, so dass die CO₂ Preise pro Tonne von 3€ 2003 auf 60€ während des Jahres 2021 gestiegen seien und so die Unternehmen effektiv gezwungen werden könnten, auf nachhaltige Produktionsweisen umzustellen.
- Die CO₂ Abgabe sei umstritten: Die Befürchtungen reichten von dem ihr unterstellten Potential Handelskriege auslösen zu können, da sie als Protektionismus eingeschätzt werden könnte bis hin zum Vorwurf mit ihr die Umstellung auf klimafreundliche Produktionsweisen in den einkommensschwachen Ländern im Süden Afrikas ernsthaft zu gefährden.
- Der EU Kommissar Gentiloni verwehre sich gegen ein Verständnis der CO₂ Abgabe als Zoll und beharre darauf, sie als umweltpolitisches Instrument verstanden wissen zu wollen.
- Als unterstützende flankierende Maßnahme werde zudem eine Zusammenarbeit von Ländern in einem so genannten Carbon Club diskutiert, die ihre Wirtschaft klimafreundlich umgestalten wollten. Wendeten diese kooperierenden Staaten eine CO₂ Abgabe gemeinsam an, so könnten sie einerseits ihren eigenen Wettbewerbsnachteil durch die teurere Produktion am Markt ausgleichen.

Andererseits könnte so gleichzeitig Druck auf andere Länder ausgeübt werden, ihre Wirtschaft hin zu nachhaltigerer Produktion zu transformieren.

- Nichtregierungsorganisationen, wie Oxfam, die sich vor allem für die Interessen der Entwicklungsländer einsetzen, kritisieren die CO₂ Abgabe in mehrfacher Hinsicht. So gefährde sie einerseits Arbeitsplätze in den südlichen Ländern Afrikas, von denen einige sehr stark von Exporten in die EU abhängig seien. In der Folge fehlten wiederum wichtige Steuereinnahmen in diesen Ländern, mit denen man die Transformation der Wirtschaft vorantreiben könnte. Andererseits werde mit dem notwendigen Bemessungsverfahren für die Kohlenstoffbilanz eine weitere Hürde aufgebaut, welches vor allem kleinere Hersteller von der Marktteilnahme ausschliesse. Als grundlegenden Einwand werde die Unfairness der CO₂ Abgabe angeführt, da diese gerade die armen Länder des Südens doppelt bestrafe. Diese hätten kaum Schuld an der Klimakrise, da sie in den letzten Jahrhunderten nur einen Bruchteil dessen an CO₂ emittiert hätten was die Industriestaaten ausgestoßen haben. Nun sollten sie für die Lösung eines nicht von ihnen verursachten Problems zahlen und ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung werde ausgebremst.
- Diskutiert werde über die Verwendung der Einnahmen aus der CO₂ Abgabe. Solle sie ausschließlich der Transformation der europäischen Wirtschaft zugutekommen oder solle man, wie viele NGOs forderten, Teile dieser Einnahmen auch gezielt in die Förderung des Umbaus der Industrie in den einkommensschwachen Ländern des Südens investieren.

2. Erkläre die beiden außenhandelspolitischen Leitbilder: Freihandel und Protektionismus.

Ordne die CO₂ Abgabe der EU begründet zu.

12,5 Punkte

- Freihandel ist das Gegenteil von Protektionismus und meint einen freien Weltmarkt bzw. Welthandel, welcher vor allem frei von staatlichen Regelungen, z.B. Handelshemmnissen wie Zöllen oder Mengenbeschränkungen bleibt.
- Freihandel führe zu einer optimalen Ressourcenallokation aller Güter hinsichtlich arbeitsteiliger Produktion und Güteraustausch auf dem Weltmarkt; → steigender Wohlstand
- Freihandel werde erreicht durch:
 - Abbau oder Vermeidung aller Handelsbeschränkungen (Zölle, Subventionen, Qualitätsstandards ...)
 - Schaffung von Instrumenten zur Kontrolle und Durchsetzung des Freihandels (WTO)
 - Schaffung von Freihandelszonen und integrierten Wirtschaftsräumen (EU, NAFTA, Mercosur, CETA, ...)
- Freihandel sei sinnvoll zu praktizieren, weil so:
 - Neue Märkte erschlossen werden können;
 - Absolute und komparative Kostenvorteile ausgeschöpft werden könnten;
 - Eine Versorgung mit Gütern gewährleistet werden könne, über die ein Staat nicht selbst verfüge
- Protektionismus ermögliche es einem Land, die meisten Güter selbst zu produzieren, für viele Menschen Arbeitsplätze zu haben, ist weniger von anderen Staaten abhängig und besser vor globalen Krisen geschützt. Zudem kann der Staat durch die Steuereinnahmen über bspw. Einkommens- oder Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer effektiv die Infrastruktur ausbauen und öffentliche Leistungen, die allen zugutekommen können, anbieten.
- Die heimische Wirtschaft kann durch Handelshemmnisse wie Zölle auf bestimmte Produkte vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden, um bspw. die eigene Industrie aufzubauen. Weitere, so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie bspw. Mengenbeschränkungen, Vorgaben über Produkteigenschaften, Subventionen oder auch die öffentliche Auftragsvergabe im Inland können die eigene Wirtschaft stärken und vor ungeliebter ausländischer Konkurrenz abschotten.

Bei der CO₂ Abgabe der EU auf Importe handelt es sich um eine protektionistische Maßnahme. Sie ist einem Zoll vergleichbar, da sie zu einer realen Verteuerung der emissionsreich erzeugten Importe dadurch führt, dass der in der EU gültige CO₂ Preis auf das Mehr bei der Produktion verursachte CO₂ aufgeschlagen wird. Klimaneutrale Produktion ist keine in freien Märkten zu berücksichtigende Kategorie, sondern zunächst einmal ein politischer Wille, Emissionen bei der Produktion von Gütern stärker zu berücksichtigen. Die EU-Kommission macht in ihren Zielen, die mit der CO₂ Abgabe verbunden sind, auch keinen Hehl daraus, dass sie eigenen Wettbewerbsnachteilen durch die teurere Produktion und insbesondere Standortverlagerungen ins nicht europäische Ausland vorbeugen will.

Aus klimapolitischer Sicht kann man die CO₂ Abgabe auch als den Versuch betrachten, eine einheitliche Regelung, d.h. gleiche Marktbedingungen erzeugen zu wollen. Schließlich hätten sich nahezu alle Staaten der Welt in Paris auf das gemeinsame Ziel einer Begrenzung der Treibhausgasemissionen verständigt, welche die Deckelung der Erderwärmung bei maximal 1,5 Grad Celsius bewirken sollte. Wer nun hohe CO₂ Preise einführe, um diese Ziele zu erreichen, dürfe nicht Gefahr laufen müssen, dass andere Staaten, die keinen Klimaschutz betreiben wollten, im internationalen Wettbewerb davon zu profitieren. Hier müsste man gleiche Bedingungen für alle herstellen – am Markt habe dann international derjenige die Nase vorn, der am wenigsten CO₂ bei der Produktion emittiere, da dessen Produkt am günstigsten sei.

3. Das Europaparlament forderte die EU-Kommission am 12.03.2021 dazu auf, ein CO₂ Grenzausgleichssystem zu erarbeiten, mit dessen Hilfe es möglich werden sollte bestimmte Importe aus Ländern mit geringeren Klimaschutzstandards mit einer CO₂ Abgabe zu versehen. Laut EU Parlament dürften mit dem neuen Instrument allein Klimaschutzziele verfolgt werden. Die Einnahmen (Schätzungen zufolge zwischen 5-14 Mrd. € /Jahr) sollten in die Schaffung einer klimaneutralen EU investiert werden. 444 Abgeordnete stimmten mit Ja, 70 mit Nein und 181 enthielten sich.

Erkläre, ausgehend von der Beauftragung der EU-Kommission das Gesetzgebungsverfahren in der EU. **10 Punkte**

- In der EU hat allein das Exekutivorgan, die EU-Kommission das Initiativrecht für Rechtsakte. – Nachdem das Europaparlament die EU-Kommission am 12.3.2021 aufgefordert hat, ein CO₂ Grenzausgleichssystem zu erarbeiten, legte die EU Kommission im Dezember 2021 die Vorlage für einen entsprechenden Rechtsakt vor.
- In der EU gilt das Mitentscheidungsverfahren, d.h. Europäisches Parlament und Rat der EU (Ministerrat) haben die gleichen Rechte und sind deshalb gleichberechtigt am Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen.
- Wird ein Rechtsakt von der EU-Kommission unterbreitet, so muss ihn das Europäische Parlament prüfen und seinen Standpunkt formulieren. Danach ist der Rat der EU aufgefordert, dem Standpunkt des Parlamentes zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Stimmen beide Institutionen (Parlament + Rat) zu, dann ist der Rechtsakt angenommen.
- Formuliert der Rat einen vom Parlament abweichenden Standpunkt und das Parlament lehnt diesen ab, so ist der Rechtsakt gescheitert.
- Das Parlament kann nun den vom Rat vorgebrachten Standpunkt annehmen (= Rechtsakt angenommen) oder Abänderungen des Rechtsaktes fordern.
- Akzeptiert der Rat die vorgeschlagenen Änderungen, so ist der Rechtsakt angenommen, tut er dies nicht, so wird ein Vermittlungsausschuss eingerichtet, in dem die EU-Kommission als Vermittler tätig wird und die Ausarbeitung eines Kompromissvorschlages unterstützt. Wird ein Kompromiss für den Rechtsakt gefunden, dem beide Institutionen (Parlament + Rat) zustimmen können, so ist der Rechtsakt angenommen. Ist dies nicht der Fall, so ist der Rechtsakt gescheitert.

4. Diskutiere, ob die CO₂ Abgabe auf Importe in die EU ein sinnvolles a) handelspolitisches und b) klimapolitisches Instrument ist. **15 Punkte**

Erläuterung der Fragestellung:

- Die CO₂ Abgabe solle ab 2026 auf Importe in die EU erhoben werden, dabei solle das Mehr an CO₂, welches in der Produktion angefallen sei, jedoch nicht bepreist wurde, entsprechend des gültigen europäischen CO₂ Preises pro Tonne aufgeschlagen bzw. nachgezahlt werden. Damit verteuerten sich „schmutzig“ produzierte Waren, wie Stahl, Aluminium oder auch Energie für nicht europäische Hersteller. Gleichzeitig müssten jedoch auch europäische Hersteller für Verschmutzungsrechte in Form von CO₂ Zertifikaten zahlen, deren Preis 2021 bereits um die 60€ pro Tonne gelegen habe. Mit der CO₂ Abgabe wolle die EU-Kommission zugleich ihre eigenen Unternehmen vor billiger Konkurrenz aus dem Ausland schützen und sie daran hindern ihren Standort ins nichteuropäische Ausland zu verlagern, um dem CO₂ Preis als Teuerungsfaktor ihrer Produkte zu entgehen.
- Da die CO₂ Abgabe hohes Konfliktpotential berge, da sie einerseits als Schritt hin zur nachhaltigen, klimaneutralen Produktion innerhalb und außerhalb der EU bewertet werden kann, andererseits jedoch auch als protektionistische Maßnahme aufgefasst werden könnte, die sogar Handelskriege auslösen kann, soll die CO₂ Abgabe sowohl als handelspolitisches, als auch als klimapolitisches Instrument untersucht und diskutiert werden.

CO₂ Abgabe als handelspolitisches Instrument: *mögliche Diskussionspunkte/ Überlegungen könnten sein:*

- *Schutz der durch CO₂ Preis teureren europäischen Produktion vor billiger „schmutziger“ Ware aus dem nicht europäischen Ausland*
- *Dient der Schaffung von gleichen Marktbedingungen unter Berücksichtigung des externen Kostenfaktors CO₂ → Umweltbelastung durch Produktion spielt in der Ökonomie bislang keine Rolle → Zwang der Politik der Wirtschaft Vorgaben zu machen;*
- *Schutz des eigenen Produktionsstandortes → Firmen werden aufgrund der Abgabe nicht ins Ausland abwandern → CO₂ Preis-Flucht*
- *CO₂ Abgabe kann als Zoll, d.h. Protektionismus aufgefasst werden → Handelspartner könnten andere Handelsgüter mit Zöllen belegen*
- *Carbon Club könnte Durchsetzungskraft der CO₂ Abgabe erhöhen, je mehr Länder die Abgabe verlangten, umso mehr weltweite Hersteller sähen sich gezwungen, ihre Produktion umweltfreundlicher zu gestalten;*
- *Abgabe entspricht marktwirtschaftlichem Modell → Firmen können die Verteuerung durch CO₂ Abgabe ausgleichen, indem sie kostengünstiger und klimaneutral produzieren → Wettbewerbsvorteil*
- *CO₂ Abgabe schade gerade Ländern, die keine Schuld an der Erderwärmung durch Treibhausgasemissionen hätten → Wettbewerbsnachteil könnte durch besondere Bedingungen oder Berücksichtigung bei der Verwendung der Abgabe teilweise ausgeglichen werden;*

Urteil+ Begründung (stärkste Argumente)

CO₂ Abgabe als klimapolitisches Instrument: *mögliche Überlegungen könnten sein:*

- *CO₂ Kosten bei der Produktion fließen noch kaum in Preise für Produkte ein – CO₂ Preise sind ein Schritt, um die Emissionen im Marktpreis auszudrücken.*
- *Mit dem CO₂ Preis im Zertifikatehandel der EU werden europäische Unternehmen zur Kasse gebeten → die europäischen emissionsreichen Güter verteuern sich → dies bedeutet einen Wettbewerbsnachteil für die europäischen Unternehmen auf dem Weltmarkt.*

- CO₂ Abgabe gleicht den Wettbewerbsnachteil der europäischen Unternehmen aus, indem zumindest alle in Europa gehandelten Güter die wahren Kosten der Produktion ausdrücken.
- Mit der CO₂ Abgabe können Unternehmen weltweit, die am Absatz ihrer Produkte in Europa interessiert sind, unter Druck gesetzt werden, selbst klimaneutral zu produzieren → langfristig würden die Produkte am günstigsten, die am emissionsärmsten produziert werden können.
- Um klimaneutrale Produktion überall zu etablieren, wäre es ein hilfreicher politischer Schachzug, wenn sich Länder, die CO₂ Preise auf ihre Produkte anwendeten, zusammenschlossen, um zusammenhängende Märkte zu bilden, in denen dieselben Regeln gelten → Carbon Club.

Urteil + Begründung (stärkste Argumente)

Punkteverteilung:

47,5 – 50,0 = 15 Punkte	32,5 – 34,5 = 9 Punkte	16,5 – 19,5 = 3 Punkte
45,0 – 47,0 = 14 Punkte	30,0 – 32,0 = 8 Punkte	13,5 – 16,0 = 2 Punkte
42,5 – 44,5 = 13 Punkte	27,5 – 29,5 = 7 Punkte	10,0 – 13,0 = 1 Punkt
40,0 – 42,0 = 12 Punkte	25,0 – 27,0 = 6 Punkte	9,5 - 0 = 0 Punkte
37,5 – 39,5 = 11 Punkte	22,5 – 24,5 = 5 Punkte	
35,0 – 37,0 = 10 Punkte	20,0 – 22,0 = 4 Punkte	

Notenspiegel:

7	8	9	10	11	12	13	14	15	Ø
1	2	2	-	1	-	2	1	-	10,2